

# St. Peters Bote,

die älteste deutsche katholische Zeitung Canadas, erscheint jeden Donnerstag in Münster, Sask., und kostet bei Vorausbezahlung:

In Canada, per Jahrgang \$2.00  
In den Staaten u. Ausland, \$2.50  
Einzeln Nummern 10 Cents.

Ankündigungen werden berechnet zu 1.00 Dollar pro Zoll einseitig für die erste Einrückung, 50 Cents pro Zoll für nachfolgende Einrückungen.

Leitartikeln werden zu 20 Cents pro Zeile wöchentlich berechnet.

Geschäftsanzeigen werden zu \$2.00 pro Zoll für 4 Insertionen, oder \$20.00 pro Zoll jährlich berechnet. Rabatt bei großen Aufträgen gewährt.

Jede nach Ansicht der Herausgeber für eine erschlaffende katholische Familienzeitung unpassende Anzeige wird unbedingt zurückgewiesen.

Man adressiere alle Briefe u.f.w. an

ST. PETERS BOTE,  
Muenster, Sask., Canada.

# St. Peters Bote.

Ein Familienblatt zur Erbauung und Belehrung.

Die erste deutsche katholische Zeitung Canadas, wird mit Empfehlung des hochw. Bischofs Pascal von Prince Albert und des hochw. Erzbischofs Langevin von St. Boniface, wöchentlich herausgegeben von den Benedictiner-Mönchen zu Münster, Sask., Canada.

20. Jahrgang, No. 9. Münster, Sask., Donnerstag den 12. April 1923. Fortlaufende No. 997.

# St. Peters Bote,

the oldest Catholic newspaper in Saskatchewan, is published every Thursday at Muenster, Sask. It is an excellent advertising medium.

SUBSCRIPTION:  
\$2.00 per year, payable in advance.  
\$2.50 to the United States and abroad  
Single numbers 10 cents.

ADVERTISING RATES:  
Transient advertising \$1.00 per inch for first insertion, 50 cents per inch for subsequent insertions. Reading Notices 20 cents per count line. Display advertising \$2.00 per inch for 4 insertions, \$20.00 per inch for one year. Discount given on large contracts. Legal Notices 12 cts. per agate line 1st insertion, 8 cts. later.

No advertisement admitted at any price, which the publishers consider unsuited to a Catholic family paper. Address all communications to

ST. PETERS BOTE,  
Muenster, Sask., Canada.

## Aus dem Ruhrgebiet.

Mehr als je sind die Augen der ganzen Welt seit dem gräßlichen Blutbade in den Kruppwerken auf das Ruhrgebiet gelenkt: 13 Arbeiter sind tot; mehr als 30 sind verwundet, einige davon so schwer, daß man für ihr Leben fürchtet. Am 1. April wurden die vier Krupp-Direktoren, Hartwig, Desterlin, Ritten und Bruhn verhaftet und in das Gefängnis nach Werden transportiert. Sie sollen prozessiert werden als verantwortlich für den Vorfall, da sie die Arbeiter aufgereizt oder wenigstens nichts getan hätten, um sie zu beruhigen. Die ganze Propaganda-Presse sucht die Sache so darzustellen, als ob die Franzosen in höchster Gefahr gewesen wären, angegriffen zu werden, so daß sie in Notwehr schnell und entschieden hätten handeln müssen. Auch wären sie durch das unablässige Pöbeln der Sirenen förmlich zur Verzweiflung getrieben worden. Diesen läugerischen Darstellungen tritt die deutsche Regierung durch eine nach Paris gerichtete scharfe Note entgegen, worin Entschädigung für die Familien der ermordeten Arbeiter und Freilassung der Direktoren gefordert werden. Auch wird darin der auf amtlicher Untersuchung beruhende Tatbestand dargestellt, welcher zeigt, daß die ganze Schuld auf Seiten des franz. Militärs liegt. Es heißt darin unter Anderem: „Nachdem zwei Mitglieder des Arbeiterrates vergeblich mit dem franz. Offizier unterhandelt hatten, wurde um 9 Uhr mit Einstimmung des Direktoriums und des Rates das Signal für Einstellung der Arbeit gegeben. Die Arbeiter versammelten sich in großer Anzahl in der Umgebung der besetzten Garage, um gegen die militärische Maßnahme zu protestieren. Die Arbeiterführer suchten von neuem, die Franzosen zum Weggehen zu bewegen, und garantierten ihnen volle Sicherheit. Die Franzosen weigerten sich fortzugehen. Die Arbeiter draußen blieben ruhig und kamen nicht näher. Auch die Sirenen kamen um halb 11 Uhr zum Schweigen. Kurz nach 11 Uhr gab aber der franz. Offizier ohne alle Warnung Befehl zu feuern. Nach dem ersten Schusse hoben die Arbeiter auseinander, aber die Franzosen feuerten weiter auf die Zurückgehenden.“

Von den übrigen größeren Ereignissen, die seit Wochenfrist im besetzten Gebiete vorliefen, seien kurz folgende erwähnt: Bei Schifferstadt entgleiste ein franz. Kohlenzug, wobei 4 franz. Arbeiter umkamen — Bei Gelsenkirchen erschoss ein franz. Wachtposten einen franz. Matrosen, der auf sein Zurufen nicht beilegte; er hielt ihn natürlich für einen Deutschen — Die Franzosen beschlagnahmten 10 Milliarden Mark und 400,000 Franken, die sich auf dem Wege von der Frankfurter Reichsbankstelle nach Wiesbaden befanden — 50,000 Arbeiter der Krupp-Werke streikten für 24 Stunden als Protest gegen die Verhaftung der Direktoren — Dr. Zechlin, der Pressevertreter des deutschen auswärtigen Amtes, wurde verhaftet — Am Sonntag, dem 7. April, fand das Begräbnis der ermordeten Arbeiter in einem gemeinsamen Grabe statt — Ein franz. Kohlenzug entgleiste nahe bei Ludwigshafen, 4 Arbeiter sind tot und 4 verwun-

det — Nicht bloß deutsche, sondern auch französische Ärzte stellten fest, daß mehrere von den toten und verwundeten Arbeitern in den Rücken geschossen wurden, ein Beweis, daß die Soldaten auf die Zurückgehenden feuerten — Alle Zeitungen von Essen, mit Ausnahme einer französischen Zeitung, wurden unterdrückt — Im Recklinghausen District wurden zwei weitere staatliche Kohlenzehen beschlagnahmt: es sind also jetzt 6 staatliche und 6 Privat-Zeichen besetzt — Max Walraf, ein Mitglied des Reichstages und früherer Minister unter Kanzler Michaelis, wurde in Bonn verhaftet und aus dem besetzten Gebiet geschafft — Bis jetzt wurden über 3000 Personen ausgewiesen, wobei deren Familien nicht gezählt sind — In den Rheinischen Metallwerken wurden 11 Lokomotiven beschlagnahmt. Die Arbeiter aber rissen die Schienen auf, so daß sie nicht fortgebracht werden konnten; darauf die Drohung der Franzosen, daß nach 3 Tagen jeder weitere Tag der Verzögerung mit einer Strafe von einer Million Mark belegt würde. Die Lokomotiven waren für die jugoslawische Regierung gebaut worden. Die Direktoren der Fabrik wurden verhaftet.

Erwähnung verdient noch ein „Verlust“, den Schnellzug Essen-Paris zwischen Kettwig und Werden mit Dynamit in die Luft zu sprengen. Zum Glück ging vorfichtshalber der Zug so langsam, daß bloß die Lokomotive zertrümmert wurde, die Wagen aber auf dem Geleise stehen blieben. Niemand wurde verletzt. Dieses Attentat wird selbstverständlich den Deutschen zur Last gelegt und General Degoutte legte der Stadt Kettwig eine Strafe von 50 Millionen und der Stadt Werden eine Strafe von 20 Millionen auf. Die Sache aber sieht sehr verdächtig aus und wir möchten 100 gegen 1 wetten, daß die Franzosen selbst dieses „Attentat“ arrangiert haben, um Sanktionen auflegen und ihr ruckloses Vorgehen rechtfertigen zu können. Es sieht zu sonderbar aus, daß nach Zerstörung der Lokomotive die Wagen so schön stehen blieben; dann wurde Niemand verletzt; wo waren denn diejenigen, die die Lokomotive bedienten? Außerdem, ist der Schnellzug im ganzen Ruhrgebiete so langsam gegangen oder bloß an der gefährlichen Stelle?

Vielfach sind die Berichte über die Vorgänge in der Ruhr, die uns in deutschen Zeitungen oder in Privatbriefen erreichen, so haarsträubend, daß man oft verliert, sie für Uebertreibungen zu halten. Dieselben erinnern uns vielfach an die Schaudergeschichten, die während des Krieges über die Deutschen verbreitet wurden. Aus diesem Grunde lassen wir im Folgenden den ersten Teil der Rede des Kanzler Cuno folgen, die er am 6. März im Reichstage hielt und worin er der Welt ein schwaches Bild der Wirklichkeit zeichnete. Seitdem haben die Verhältnisse, sich noch weit verschlimmert.

Es ist sehr zu begrüßen, daß der deutsche Reichskanzler die Tribune des Reichstages benützt, um diese Tatsachen festzustellen, und die Dinge unverblümt beim wahren Namen nennt. Denn auch die farbige Presse kann das nicht ganz totschweigen. Es folgt die Rede Cunos:

## Reichskanzler Cunos Rede

Siebeneinhalb Wochen sind verfloßen, seit französische und belgische Truppen am 11. Januar in freies deutsches Gebiet eindrangen. Es ist nützlich und notwendig, die Welt an die Erklärung zu erinnern, die die französische Regierung damals abgab: Wegen der Unvollständigkeit der deutschen Erfüllung in Holz und Kohle habe sie beschlossen, eine aus Ingenieuren bestehende Kontrollkommission ins Schelderevier zu entsenden und die genaue Durchführung des Programms sicherzustellen und alle für die Bezahlung der Reparationen notwendigen Maßnahmen zuzutreffen, nicht aber denke sie gegenwärtig daran, zu einer militärischen Operation oder einer Besetzung politischer Art zu schreiten. Von Soldaten mache sie nur in beschränktem Maße Gebrauch, um die Tätigkeit französischer Ingenieure bei den deutschen Industriellen und dem Transportdienst zu unterstützen. Keine Störung, keine Veränderung in dem normalen Leben der Bevölkerung soll erfolgen, in Ruhe und Ordnung könne sie weiter arbeiten.

Ich habe die Pflicht, diesem am 9. Januar d. J. gegebenen Worte Frankreich die Wirklichkeit gegenüberzustellen und die Bilanz dieser siebeneinhalb Wochen zu ziehen.

Ich beginne mit der positiven Seite. Der „beschränkte“ Gebrauch, den Frankreich von Soldaten machen wollte, umfaßt fünf Divisionen mit zwei Generalkommandos, etwa 75 Tanks und Hunderten von Flugzeugen und umfaßt weiße und farbige Truppen. Und was geschah, um das normale Leben der Bevölkerung aufrechtzuerhalten, sie in Ruhe und Ordnung weiter arbeiten zu lassen? Zunächst hat Frankreich beansprucht, daß seine Befehle von Beamten und Nichtbeamten vollzogen werden. Erst hat es sich dabei noch bemüht, jeweils Rechtsvorwände vorzuschützen. Als das Suchen danach auch dem geübtesten Advokaten zu mühevoll und zu schwierig wurde, hat man es aufgegeben und, ohne sich weiter um die Rechtsgrundlage zu bemühen, nach Beschluß der französischen und belgischen Regierung Verordnung über Verordnungen erlassen, die jeglichen Rechtsbodens entbehren. Dabei rechneten sie nicht mit der alten Beamten-treue. Da Mahrung und Warnung vergeblich blieben, sollten Zwang und Druck helfen. In welchem Umfange mit Ausweisungen und Verhaftungen gewütet wird, darüber statt abschließender Ziffern nur einige Beispielsziffern nach dem Stande der letzten Tage. So sind aus dem Bereich der Reichspostverwaltung 55, der Reichsverkehrsverwaltung 71 Beamte, der Reichsfinanzverwaltung 279 Beamte, 600 Beamte aus der preussischen Gemeindeverwaltung und über 700 Schupo-beamte, aus der bayerischen Pfalz seit dem 11. Januar 87 Beamte, aus Baden 9 ausgewiesen und vertrieben worden. Aus der Reichsverkehrsverwaltung sind 25 Beamte, aus der Reichspostverwaltung bis vor wenigen Tagen 22, aus der Reichsfinanzverwaltung 26 Verurteilungen gemeldet, abgesehen von den Beurteilungen, die noch nicht

zur Kenntnis gekommen sind. Das Verfahren ist ja auch für Massen-anwendung einfach genug. Die Tür geht auf, Offiziere und Gendarme treten ein, packen den Beamten und fort geht es ins Gefängnis. Es folgt eine rasche Anklageerhebung vor dem Kriegsgericht — Kriegesrecht mitten im Frieden und im Dienst ständiger Ingenieurkommission! — Einwände der Verteidiger werden kurzerhand, Beschluß und Urteil aus vorher gefertigten Niederschriften verlesen, lange Gefängnis- und hohe Geldstrafen sind das Schicksal der Männer, die ihrem Vaterlande die geschworene Treue halten und den rechtswidrigen Weisungen der Eindringlinge nicht folgen. Tage- und wochenlang werden die Verhafteten in Zellen eingesperrt, die sonst nur zu kurzer Aufnahme für Landstreicher dienen. Tagelang erhalten sie nichts als ein Stück Brot zur Nahrung. Die deutsche Justiz-hausordnung sieht für den verurteilten gemeinen Verbrecher das Recht vor, Besuche von Verwandten zu empfangen. Die verurteilten deutschen Bürgermeister zu besuchen ist ihren Frauen bisher verwehrt worden. Auch Besuche von Vertretern und Vertreterinnen des Internationalen Roten Kreuzes werden abgewiesen. Die Ehre deutscher Bürger wird durch solche schändliche Gefangenschaft nicht vermindert, sondern gemehrt. Aber wie ist diese Schande mit der Ehre des französischen Volkes zu vereinbaren?

So haben Ausweisungen und Verhaftungen ganze deutsche Behörden ihres Hauptes und ihrer Glieder beraubt. Die Regierungen des besetzten Gebietes haben, wenn nicht den ganzen Bestand, so doch den weitaus größten Teil ihrer Beamten verloren. Große Städte im Rheinland und in Westfalen, in Rheinpfalz und in der Pfalz sind durch Ausweisungen und Verhaftungen ihrer Bürgermeister beraubt worden. Brutal und zynisch ohne gleichen ist bei diesen Ausweisungen verfahren worden. Die Ausgewiesenen wurden aus ihren Wohnungen oder Amtsräumen heraus verhaftet und über die Grenze geschleppt. Auch die Familien, darunter kranke Frauen und Kinder, hat man im altbesetzten Gebiet mit ausgewiesen, sie genötigt, ihre Habseligkeiten in kürzester Frist in Sicherheit zu bringen und ihre Wohnungen beschlagnahmt. Mit überlegter Härte ist der Einbürgerling vorgegangen, denn es ist ihm genau bekannt, wie schwer es bei der herrschenden Wohnungsnot im unbesetzten Gebiet ist, eine neue Wohnung zu finden. Und auch die Abbeförderung der Ausgewiesenen ins unbesetzte Gebiet wird besitzlos und rücksichtslos vollzogen. Truppweise werden die Ausgewiesenen auf Lastautos geladen und unter Qualereien der sie begleitenden Soldaten oft in stundenlanger Fahrt fortgeführt. Personen von mehr als sechzig Jahren wurden in kalter Winternacht auf ihnen unbekannter Landstraße ausgelegt. Eine Folge solcher Willkür ist der Tod des Regierungsdirektors der Postkammer in Speyer, der am 9. Feb. in Heidelberg einige Tage nach

(Fortsetzung auf Seite 8.)

## STUDIES IN CANADIAN HISTORY

BY REV. D. O'SULLIVAN

### THE RED RIVER REBELLION.

The progress of the rebellion was now rapid. Riel, who all along was anxious to gain the support of the English and Scotch, committed so many violations of the peace, that all efforts towards a re-union between the two elements of the population became fruitless. His followers undertook to overthrow the authority of the Hudson Bay Government by the seizure of all books relating to the affairs of the settlement and by taking over the collection of the customs. Next, he seized upon Canadian Government stores. A proposition was made at this time of allowing the Hudson Bay Co. to continue the government of the country until the settlers should come to a satisfactory arrangement with the Dominion Government. Riel at first favoured this view, but afterwards rejected it. We now reach the end of Dec. 1869, when Mr. Donald A. Smith, an official of the Hudson Bay Co., was appointed by the Dominion Government to proceed to Fort Garry and make inquiries into the causes of the discontent and dissatisfaction reigning in the Red River colony. This gentleman became afterwards governor of the Hudson Bay Co. and High Commissioner of Canada representing the Dominion Government in London, and finally in 1897, the year of Queen Victoria's Jubilee, was raised to the peerage under the title of „Baron Strathcona and Mount Royal.“ His greatest success was in connection with the organization of the Canadian Pacific Railway. Before dealing with the Report of Commissioner Smith, it may prove interesting to mention the names of the Cabinet Ministers of Riel's Government. Not all were half-breeds. Riel himself was only a quarter-breed, as his father was a pure-white man, and his mother was a half-breed. He was elected President in place of John Bruce who had resigned from ill health. Mr. Francis Xavier Dauphinais was chosen Vice-President; Louis Schmidt was appointed Secretary; W. B. O'Donohue became Secretary-Treasurer. This latter gentleman, like Riel himself, had been a former ecclesiastical student. Finally, Mr. Lepuil was Adjutant-General and Mr. Bannatyne was Postmaster-General. Sir Donald Smith, the Chief Commissioner, after a great deal of trouble on his arrival at Fort Garry, scored his first triumph in the negotiations when, on the production of his official papers, he addressed a large assembly of the settlers. He fully explained the intentions of the Dominion Government towards the colonists: that justice would be shown every man, irrespective of religion, race or colour; that the settlers would be confirmed in their rights, etc. These statements united the English and French, and thus the Commis-

sioner scored another success in his efforts towards peace. Riel, some time before this period, had imprisoned a large body of English-speaking residents, but now, rather tardily, released them. Before their release, however, a party of Canadians from Portage la Prairie marched on Fort Garry with the object of rescuing the prisoners. On their departure homewards they were surrounded by a large force of Riel's and made prisoners of war. Their leader, Captain Bolton, was court-martialed and ordered to be shot. Sir Donald interceded for him, and Bolton was released. Some short time after this occurrence, Thomas Scott, one of the prisoners, was sentenced to death and ordered to be shot. On this occasion, Commissioner Smith failed in his intercession for the life of the unfortunate man. This dreadful tragedy roused strong feeling all over the settlement. The French were moved no less than the English, and from that date Riel's influence and power began to decline. Scott is represented by some historians of the period as a violent, truculent Orangeman. In his justification of himself before Commissioner Smith, Riel declared that Scott was an intractable character; that he was the ringleader in the rising against Mr. Snow who had charge of the Canadian survey party; that he had been a troublesome person all along; that already he had been pardoned twice, but now, he must suffer the extreme penalty. Commissioner Smith's work was now finished. He had been successful in putting before all the settlers the liberal terms offered by the Dominion Government; he had appointed a delegation to proceed to Ottawa and treat directly with the Canadian Government; he had induced the French and English to work for peace, and had brought the Red River settlement and the Government of Canada together. When the news of Scott's execution reached Ottawa, the Government determined that military force must now be employed. A few days after the shooting of Scott, Archbishop Taché on whom the Government now depended arrived at the Red River on his return from Rome. He had been empowered by Sir John A. MacDonald to treat liberally with the malcontents, offering them a free pardon. When he arrived at Fort Garry shortly after Scott's death, the Archbishop lavished promises of pardon to all who laid down their arms and surrendered. About this time the troops under Sir Garnet Wolseley and Colonel Butler had arrived, having made the terrible journey north of Lake Superior, while delegates from Riel's Government were on their way to Ottawa to make arrangements for union with the Dominion. Whilst the troops were

(Continued on page 8.)